

Eine bayerische Rundgebung gegen die Zollvereinigung mit Oesterreich-Ungarn.

Der Ausschuss der Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Müllerei und Mälzerei hat sich in seiner Vollversammlung vom 30. Juli unter anderm eingehend mit den Fragen des Wirtschaftsabkommnisses befaßt und seine Anschauungen durch eine Rundgebung festgelegt, der wir folgendes entnehmen:

Der Ausschuss der Handelspolitischen Vereinigung erklärt sich aus allgemein politischen wie wirtschaftspolitischen Gründen einhellig aufs entschiedenste gegen die in letzter Zeit weit über das Ziel hinauschiehenden mitteleuropäischen Pläne, insbesondere gegen die geplante Zollfreiheit für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Der Ausschuss hält vielmehr ein Festhalten an dem bisherigen Schutzzollsystem auch Oesterreich-Ungarn gegenüber wiederholt für unerlässlich, ist dagegen durchaus dafür, daß wir in bezug auf wirtschaftspolitische Fragen, wie Verkehrsfragen, Versicherungs- und Rechts- sowie Finanzfragen, zu einer tüchtigsten Ausgleichung gelangen.

Die politischen Gründe, die den Ausschuss zu einer entschiedenen Stellungnahme gegen ein zu enges Wirtschaftsabkommen veranlassen, sind folgende: 1. Politische und durch höchste Stellen beabsichtigte Bündnisse dürfen nicht im ursächlichen Zusammenhang mit wirtschaftspolitischen Erwägungen stehen. Die ständig wechselnden unvermeidlichen wirtschaftlichen Interessengegenstände könnten von vornherein den Bestand des politischen Bündnisses gefährden und sehr bald zu seiner Lockerung Veranlassung geben. 2. Eine Zollunion mit Oesterreich-Ungarn, insbesondere auch in der Form der Beschränkung auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, wäre vom staatspolitischen Standpunkt aus ein sehr schwerer Fehler. Die Zollunionsidee war überall, wo sie freiwillig in der Geschichte verwirklicht wurde und Bestand hatte, vom Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit getragen. Eine Zollunion des deutschen nationalen Einheitsstaates mit dem österreichischen Nationalitätenstaat und mit dem auf seine Selbständigkeit stets ängstlich bedachten ungarischen Nationalstaat, dessen Wirtschaftspolitik wiederholt dem Ausgleich mit Oesterreich-Ungarn Schwierigkeiten bot, könnte von Anfang an den Keim der Trennung in sich tragen und leicht dazu führen, solche trennende Momente in das heute noch geschlossene wirtschaftspolitische Gebiet in Oesterreich-Ungarn sowohl wie in Deutschland hineinzutragen. 3. Die neuerliche Entwicklung des Nationalitätenkampfes in Oesterreich gibt bei einem politischen und wirtschaftlichen Bündnis zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß und gibt Grund genug zu der Annahme, daß die im Falle einer Zollgemeinschaft wohl unausbleiblichen wirtschaftspolitischen Reibungen die nationalen Schwierigkeiten unserer Verbündeten erheblich steigern könnten. Insbesondere würde dies dann der Fall sein, wenn in das gemeinsame Wirtschaftsgebiet neben den tschechisch-slawischen Völkern auch noch das russisch-polnische Gebiet einbezogen werden sollte. 4. Eine Zollunion mit Oesterreich-Ungarn könnte auch den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches beeinflussen. Besonders die Staaten Süddeutschlands müßten bei einer Zollfreiheit auf landwirtschaftliche Erzeugnisse gegenüber Oesterreich-Ungarn von vornherein einschneidende Lebensinteressen ihrer wichtigsten Wirtschaftszweige zum Opfer bringen.